

Argument des Tages Nr. 5

Westerwelle isolieren – Für Steuergerechtigkeit kämpfen

Die FDP präsentiert eine Ein-Mann-Show mit einem Thema: Guido, der Steuersenker. Die meisten Kommentatoren sind sich einig: Diese Partei hat angesichts wegbrechender Steuereinnahmen nicht alle Tassen im Schrank. Aber die FDP lässt sich davon nicht irritieren. Sie vertraut darauf, dass der Steuerfrust der Bürgerschaft ein kräftiger Resonanzboden ist, auf dem sich trommeln lässt.

Dabei ist die immergleiche Rede der FDP von der zu hohen Steuerlast des Bürgers eine Täuschung. Denn es geht Westerwelle & Co vor allem um eine deutliche Steuersenkung für höhere und höchste Einkommen. Das wissen auch die meisten Menschen im Land. Aber damit ist der Steuerfeldzug nicht abgehakt. Denn mit ihrer Kampagne setzt die FDP Union und SPD unter Druck. Schritt für Schritt könnte das Steuerthema in den Vordergrund rücken. Damit das nicht in der verquerten und falschen FDP-Manier geschieht, sind immer wieder zwei Argumente stark zu machen:

1. Wir brauchen nicht eine allgemeine Senkung der Steuerlast, von der die hohen Einkommen am meisten profitieren, sondern deutlich mehr Steuergerechtigkeit. Entlastung unten, deutlich höhere Besteuerung oben – darum geht es beim Steuersystem.
2. Wer angesichts sinkender Steuereinnahmen und steigender Krisenlasten generell niedrigere Steuern fordert, bereitet einen neuen Generalangriff auf den Sozialstaat vor.

Im Klartext: Die FDP will diejenigen, denen es ohnehin schlecht geht, für die Krise bluten lassen.

Die zunehmende Spaltung des Landes in Arm und Reich, die von Rot-Grün eingeleitet und von der Großen Koalition weiter geführt worden ist, würde sich mit dem FDP-Kurs nochmals verschärfen. Dabei ist diese Spaltung jetzt schon verhängnisvoll, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband in einer aktuellen Studie nachweist. Daraus erwächst für DIE LINKE eine klare Aufgabe:

Jede Annäherung von Union und SPD an Westerwelle ist mit Blick auf die Folgen in scharfen Worten zu verurteilen. Wer eine Koalition mit den Steuer-Extremisten der FDP ins Auge fasst, verliert jeglichen Anspruch, für soziale Gerechtigkeit zu stehen. Statt Steuersenkungen braucht es eine „Sozialstaatsgarantie“, damit der Sozialstaat nicht für die verzockten Milliarden zur Ader gelassen wird.

Wenn die Sozialdemokraten tatsächlich mehr soziale Gerechtigkeit wollen, wie sie jetzt im Wahlkampf immer wieder behaupten, dann sollten sie sich unseren Forderungen anschließen. Denn DIE LINKE steht für ein klares und gerechtes Steuerkonzept. Das bedeutet:

- **Einkommensteuer reformieren:** Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöhen; Kapitalerträge zum persönlichen Steuersatz versteuern statt mit einer Pauschalsteuer von 25 Prozent; Spitzensteuersatz auf 53 Prozent anheben.
- **Vermögenssteuer als Millionärssteuer wieder einführen:** Privatvermögen von über einer Million Euro mit mindestens fünf Prozent besteuern.
- **Erbschaftsteuer für große Erbschaften erhöhen.**
- **Börsenumsatzsteuer wieder einführen.**
- **Senkung der Körperschaftsteuer von 25 Prozent auf 15 Prozent zurücknehmen.**
- **Ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent ausweiten** auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder, apothekenpflichtige Arzneimittel und arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks.

Redaktionsschluss: 19. Mai 2009

DIE LINKE.

DIE LINKE - WahlQuartier
Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 009 999 · Telefax: 030/24 110 46
wahlquartier@die-linke.de · www.die-linke.de